



**Junge
Islam
Konferenz**

Zwischenresümee des Projekts Junge Islam Konferenz – Berlin 2011

*Hintergrundinformationen, Arbeitsergebnisse sowie Ideen und Visionen
für einen gelingenden Gemeinschaftsbildungsprozess in Deutschland*



**Stiftung
Mercator**

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



Das Projekt Junge Islam Konferenz – Berlin 2011

Die Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 ist ein Projekt der Stiftung Mercator in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist das erste Forum für junge Menschen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund zum Austausch über die Rolle des Islams und der MuslimInnen in Deutschland sowie über die Deutsche Islam Konferenz (DIK). Die Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 greift den Gedanken des Dialogs auf und verknüpft diesen mit den Alltagsrealitäten der jungen Generation.

Die Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 reagiert auf die Tatsache, dass die DIK und ihre Themen- und Zielsetzung laut des Jahresgutachtens 2010 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) insbesondere in der zweiten und dritten Generation der MuslimInnen in Deutschland noch nicht ausreichend bekannt ist, obwohl die DIK nach wie vor als das primäre Organ eines Dialogs und einer Interessenvermittlung zwischen der staatlichen Ebene und den muslimischen VertreterInnen gilt. Hier setzt das Projekt Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 an – zum einen, um einen solchen Dialograum nachzustellen und erfahrbar zu machen; zum anderen, um als Pilotprojekt der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen Fragen des Zusammenlebens von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen in Deutschland zu erörtern. Die im Projekt generierten Positionen und Anregungen sollen sowohl in die DIK, in die Lebensrealitäten der Jugendlichen und über die Medien auch in den öffentlichen Raum eingebracht werden.

Durch ein Bewerbungsverfahren in Berlin und Nordrhein-Westfalen wurden insgesamt 40 ProjektteilnehmerInnen ausgewählt. Die Auswahl erfolgte unter anderem auch nach einem festen Schlüssel, der gewährleisten konnte, dass junge Männer und Frauen zu gleichen Anteilen bei dem Projekt vertreten sind, und dass eine paritätische Beteiligung von TeilnehmerInnen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund bzw. mit Schul- oder Universitätsstatus möglich ist.

Die Umsetzung der Projektziele erfolgte schließlich über mehrere Phasen. Durch umfangreiches Bildungsmaterial und ein zweitägiges Vorbereitungsseminar, zu dem ReferentInnen aus Wissenschaft und Praxis eingeladen waren, wurden den TeilnehmerInnen unterschiedliche Perspektiven auf die Struktur, die Inhalte und die AkteurInnen der DIK vorgestellt. Den SchülerInnen und StudentInnen wurde darüber hinaus übergreifendes Hintergrundwissen über Verhandlungsinteraktion, Rhetorik sowie über die soziale und politische Lage von MuslimInnen in Deutschland vermittelt. In dieser Phase, die sich aufgrund des inhaltlichen wie organisatorischen Umfangs über das Vorbereitungsseminar hinaus bis hin zum Planspiel erstreckte, erfolgte zudem ein methodisch gestützter Austausch über persönliche Erfahrungen und Erwartungsperspektiven – etwa in Form von Kleingruppenarbeit. Dadurch hatten die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, sich gegenseitig kennenzulernen und sich gemeinsam auf das Projekt im Allgemeinen und auf das Planspiel im Speziellen vorzubereiten.

Ein Teil der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 wurde mit einem eigens entwickelten Planspiel umgesetzt. In diesem wurde ein Ausschnitt der DIK in einem fiktiven Szenario von insgesamt 40 SchülerInnen und StudentInnen zwischen 17 und 23 Jahren mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund nachgestellt und ein konkretes Thema verhandelt. An dem Planspiel haben 32 TeilnehmerInnen die Rollen der

*„Deutschland ist ein Mosaik
und der Islam ist ein Teil davon.“*

realen Konferenzmitglieder übernommen und somit auch deren Interessen und Positionen im Rahmen der nachgestellten Sitzungen vertreten. Das Ziel, die politische Praxis für die TeilnehmerInnen erfahrbar zu machen, wurde mit dem Planspiel konkret umgesetzt: Die TeilnehmerInnen des Projekts schlüpften in die Rolle eines realen Akteurs der DIK, übernahmen dessen Standpunkte und mussten versuchen, Positionen aus einer anderen Perspektive als der ihrigen zu kommunizieren und zu vertreten. Hierbei konnten sie auch einen Eindruck von den Grenzen politischer Interaktionen, Kompromissbildung und Entscheidungsfindung erfahren.

Auf Basis des im Vorbereitungsseminars generierten Wissens und der Erfahrung der politischen Interaktion im Planspiel sind die TeilnehmerInnen in einem letzten Schritt aus ihren Rollen herausgetreten und hatten die Gelegenheit, ihre eigenen Gedanken, Ideen und Visionen zur DIK und zum Gesamthema des Projekts, der Rolle des Islams und der MuslimInnen in Deutschland im Rahmen von Workshops und einem Dialogforum einzubringen und zu diskutieren. Diese Gesprächsrunden bildeten zugleich die Grundlage für die erste Dialogplattform, auf der sich Jugendliche intensiv über das Zusammenleben von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen in Deutschland austauschen können. Zentrale Diskussionspunkte, innovative Ansätze und die schließlich gemeinsam erarbeiteten Schlussfolgerungen der TeilnehmerInnen der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 wurden im Nachgang gebündelt und kategorisiert. Die wesentlichen Empfehlungen, die sich an die DIK richten, werden der Öffentlichkeit nun in Form des Empfehlungskatalogs in dem vorliegenden Zwischenresümee zugänglich gemacht.

Das Projekt Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 wurde an zwei Wochenenden in Berlin realisiert: Das Vorbereitungsseminar fand am 05. und 06. Februar 2011 an der Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS) der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Das Planspiel und das begleitende Dialogforum fanden am 18. und 19. Februar im Bundeshaus des Bundesministeriums des Innern (BMI) statt.

10 Empfehlungen der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 an den Bundesminister des Innern und an die Deutsche Islam Konferenz

Die Teilnehmenden der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 sprechen folgende Empfehlungen an den Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, und an die OrganisatorInnen wie Teilnehmenden der DIK für ein gelingendes Zusammenleben auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses aus:

1. Einrichtung einer Jungen Islam Konferenz

Wir Teilnehmenden der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 sind in einem Deutschland aufgewachsen, in dem Pluralität und Heterogenität Selbstverständlichkeiten sind. Vielfalt und „anders sein“ sind für uns alltägliche Normalität; aus unserer Sicht besteht kein Gegensatz zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“. Unsere Lebensrealität besteht aus einem Wir-Gefühl mit unterschiedlichen Facetten und Meinungen, die wir gemeinsam im Dialog erfahren und aushandeln. Das gemeinsame „Wir“ muss nicht aufgeschlüsselt werden, denn es ist für uns nicht konstruiert. Wir möchten keine Dialogplattform für Deutsche und AusländerInnen oder für Deutsche und MigrantInnen. Wir möchten eine Dialogplattform für uns als Deutsche mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund. Wir glauben, dass dieser Erfahrungsschatz der Jugend die DIK bereichern kann und sollte – gerade weil sie ihre Lebensrealitäten als plural, vielfältig und bunt begreift und die Chancen und Potenziale unserer heterogenen Gesellschaft kennt und verinnerlicht hat. Deswegen schlagen wir die Einrichtung einer Jungen Islam Konferenz vor: die Institutionalisierung eines festen Gremiums, das über eine enge Zusammenarbeit mit den TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen mit der DIK verknüpft ist. Dadurch können bedeutsame Synergien entstehen. Junge Menschen

2. Entsendung von jugendlichen Delegierten in die Deutsche Islam Konferenz

Zwei Delegierte der institutionalisierten Jungen Islam Konferenz (siehe Empfehlung Nr. 1) sollten an der DIK teilnehmen. Die Delegierten sollten hier zum einen die im Konsens beschlossenen Ergebnisse der Jungen Islam Konferenz präsentieren und zum anderen wichtige Diskussionspunkte der DIK zurück in die Junge Islam Konferenz tragen. Durch diese Beteiligung der Jugend an der DIK könnte auch gewährleistet werden, dass die DIK ein generationsübergreifendes Gremium wird und die Generation angemessen mit einbezieht, die sich heute für das gesellschaftliche Miteinander von morgen und dessen Gestaltung verantwortlich fühlt und sich dieser Herausforderung auch langfristig stellen möchte und muss.

3. Partizipation und Interaktion fördern – Eine Deutsche Islam Konferenz zum Anfassen

Gerade weil im Rahmen der DIK wichtige Themen des Zusammenlebens von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen und diesbezügliche die Allgemeinheit betreffende Empfehlungen im Mittelpunkt stehen, sollte die DIK stärker kontinuierlich und transparent in der Öffentlichkeit auftreten. Ein interaktiver Charakter der DIK kann hierzu beitragen – etwa indem sich die DIK für Anfragen, Hinweise und Vorschläge der BürgerInnen öffnet. Neben den bereits für die BürgerInnen bestehenden Kontaktmöglichkeiten per Brief, Email oder Telefon befürworten wir die zusätzliche Einrichtung eines Weblogs begleitend zu der bereits bestehenden interaktiven Webseite der DIK. Über diesen Weblog könnten Themenvorschläge für die DIK eingereicht, gesammelt, diskutiert

und, nach einer Vorauswahl, in der DIK mit ExpertInnen debattiert werden. Über den Weblog könnte außerdem Kritik an der DIK, den VertreterInnen und den Positionen gesammelt und in die DIK rückgekoppelt werden. Dadurch würde die DIK transparenter und die Themenfindung nachvollziehbarer werden. Durch die Einbindung von solchen basisdemokratischen Elementen würde die DIK aber vor allem nicht mehr als ein „unverbindliches Dialogforum“, sondern

mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund sollten in der Jungen Islam Konferenz – ebenso wie die DIK auf Bundesebene – gemeinsam wichtige Themen des Zusammenlebens aufgreifen und diskutieren. Zentrale Ergebnisse und Lösungsansätze sollten publik gemacht werden, um so den öffentlichen Diskurs und den politischen Meinungsbildungsprozess mitgestalten zu können.

Hier sitzen keine Migranten, hier sitzen einfach nur Jugendliche.

mehr als ein Organ gesehen werden, das gesellschaftliche Bedürfnisse und Diskurse direkt und zeitnah aufgreifen und debattieren kann. Außerdem empfehlen wir die stärkere Einbeziehung von öffentlich-staatlichen Einrichtungen. Beispielsweise können auch Bürgerämter als Anlauf- und

Ziel sollte es sein, dass endlich Normalität im alltäglichen Zusammenleben und im Umgang miteinander eintritt.

Kontaktstellen dienen, an denen Informationsmaterial ausgelegt wird und über die in den Dialog mit Verantwortlichen der DIK getreten werden kann. Weiterhin könnten die Informationsflyer der DIK breitflächiger in Schulen, Kultur- und Sportvereinen, Migrantenselbstorganisationen und Moscheegemeinden etc. ausgelegt werden. Vorstellbar ist auch eine Ausstellung zur DIK, die Beginn, Entwicklung und mediale Reaktion veranschaulicht und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen könnte.

4. Ein Kuratorium für eine transparente Auswahl der TeilnehmerInnen

Der Auswahlprozess für die Teilnahme an der DIK muss aus unserer Sicht nachvollziehbar und transparenter gestaltet werden. Ein unabhängiges Kuratorium bestehend aus muslimischen und nicht-muslimischen Personen des öffentlichen Lebens könnte ein geeignetes Gremium sein, um anhand eindeutiger und der Öffentlichkeit bekannter Kriterien über die Teilnahme der AkteurInnen zu entscheiden. Auf diese Weise könnte ein höherer Grad an Legitimität für die Repräsentativität der DIK-Teilnehmenden erreicht werden. Für eine begrenzte Anzahl an Plätzen sollte auch eine Eigenbewerbung möglich sein.

5. Eine Wiederaufnahme der AG Medien

Als Teilnehmende der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 haben wir uns über die Bedeutung der Medien bei der Produktion und Reproduktion von Bildern über „den Islam“ und „die Muslime“ in Deutschland verständigt und sind besorgt über die teils einseitigen, essentialisierenden und polemischen Darstellungen von MuslimInnen in der Bericht-

Wenn 20% der ‚Medienmacher‘ Migrationshintergrund hätten, dann würde die Berichterstattung bereits anders aussehen.

erstattung deutscher Medien. Die DIK sollte dieses Thema stärker behandeln und auch über den Bildungsauftrag des Staates sowie über die öffentlich-rechtlichen Sender diskutieren. Unter anderem aus diesen Gründen befürworten wir die Wiedereinführung der Arbeitsgruppe Medien in der DIK II und die Fortführung des bisherigen Austauschs in diesem Themenfeld. Beispielsweise könnten Workshops, Medienfachkonferenzen oder medienbezogene Projekte – wie etwa die Runden Tische für JournalistInnen – verstetigt und breitflächig angeboten werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollten sowohl in die Öffentlichkeit als auch in die Medienunternehmen getragen werden.

6. Einrichtung staatlich-muslimischer Dialogformen auf kommunaler Ebene

Als TeilnehmerInnen der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 haben wir uns sowohl in der Rolle als DIK-AkteurInnen als auch aus unserer eigenen Perspektive intensiv mit dem Thema „Institutionalisierung von staatlich-muslimischen Kooperationen auf kommunaler Ebene“ befassen können. Der Austausch über mögliche Formen

Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund leben zusammen, ohne dass dieser ständig Thema ist.

staatlich-muslimischer Zusammenarbeit in der Kommune hat gezeigt, wie komplex Verhandlungen und wie schwierig Konsensfindungen sein können. Dennoch kamen wir zu dem Schluss, dass es sinnvoll und erfolgreich ist, Probleme des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund von unten nach oben, also an der Basis beginnend, zu bearbeiten und anzugehen. Vor diesem Hintergrund sind kommunale Kooperationsformen zu befürworten und wir empfehlen deshalb eine bundesweite Einrichtung staatlich-muslimischer Dialogforen auf kommunaler Ebene. Ziel dieser Foren soll und muss sein, den Islam in der Gesellschaft und den kommunalen Strukturen zu etablieren, was zu einer größeren Akzeptanz und Anerkennung der Religion und der MuslimInnen führen wird.

7. Signale senden – Die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von Islam und MuslimInnen in Deutschland fördern

Dialog basiert immer auf einem aktiven Austausch gleichberechtigter PartnerInnen. Die DIK birgt in ihrer Einzigartigkeit die Hoffnung auf eine über Gesten und Symbole hinausgehende gemeinsame

Bearbeitung gesellschaftsrelevanter islambezogener Themen. Essentiell für einen Dialog auf Augenhöhe ist das Gefühl, wirklich angenommen und anerkannt zu sein. Die geführten Debatten über die Frage, ob und inwiefern der Islam zu Deutschland gehört bzw. gehören kann, haben bei uns MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen zu Verunsicherungs- und zu Enttäuschungsmomenten geführt – gerade weil wir den Islam und die MuslimInnen als selbstverständlichen Teil des demokratischen, pluralen und vielfältigen Deutschlands sehen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die DIK dieses Thema aufgreift, den Wirrungen mit einer klaren Position begegnet und den BürgerInnen signalisiert, dass Deutschland plural und heterogen ist und der Islam als Religion nicht nur im Alltag, sondern auch aufgrund des in unserem Grundgesetz verankerten Rechts auf freie Religionsausübung ein gleichberechtigter Teil Deutschlands ist und als solcher auch Akzeptanz erfahren muss. Die rechtliche Anerkennung der

*Gemeinsam Gemeinschaft fördern,
heißt in unserer Gesellschaft
gemeinsam Heterogenität fördern.*

muslimischen Organisationen als Religionsgemeinschaften würde der Akzeptanz von Islam und MuslimInnen in Deutschland über eine normative, ideelle Ebene hinaus Vorschub leisten. Die während der ersten Phase der DIK diesbezüglich geführten Gespräche befürworten wir.

8. Weniger Staat – mehr BürgerInnen: Öffnung der Deutschen Islam Konferenz für praxiserfahrene Einzelpersonen auf nicht-muslimischer Seite

Da die DIK derzeit ein vom Staat getragenes Dialogforum ist, an dem ausschließlich staatliche und muslimische AkteurInnen teilnehmen, entsteht in der öffentlichen Wahrnehmung der Anschein, dass sich das Zusammenleben mit MuslimInnen in Deutschland als so problematisch erweist, dass eine eigens einberufene Konferenz von Nöten ist. Damit entsteht auch ein Verhandlungseindruck nach dem Motto „Muslime versus Staat“, was in Folge auch den Gegensatz „Muslime versus Deutschland“ suggeriert. Die derzeit geführten Kontroversen über die Möglichkeit eines gelingenden Miteinanders von MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen, die zu einer Entfremdung und gesellschaftlichen Polarisierung geführt haben, basieren weniger auf Konflikten zwischen MuslimInnen und dem Staat denn auf innergesellschaftlichen Ressentiments, Ängsten und Befürchtungen. Wir begrüßen, dass die DIK in ihrer zweiten Phase praxisorientierter ausgerichtet ist. Dennoch empfehlen wir, den Kreis der Dialogführenden nach dem Motto „weniger Staat – mehr Bürger“ zu öffnen. Vor allem auf Seiten der staatlichen VertreterInnen sollen analog zu den muslimischen Einzelpersonen praxiserfahrene, nicht-staatliche AkteurInnen mit spezifischer Qualifikation

ausgesucht werden – sogenannte „Alltagsmenschen“. Dadurch kann eine gesicherte Rückbindung der auf der DIK verhandelten Themen an die Lebensrealität der betroffenen Personen, aber auch ein besseres gesellschaftliches Abbild in der DIK erreicht werden. Vermutlich können dadurch nicht nur gegenseitige Vorwürfe und Ressentiments, sondern auch gemeinsame Wünsche und Forderungen an die staatlichen Entscheidungsträger artikuliert werden. Die staatliche Seite könnte gleichzeitig Impulse und Vorschläge für Konfliktregulierungen generieren. Diese Wechselwirkung könnte von staatlichen VertreterInnen als basisdemokratischer Orientierungsrahmen gesehen werden.

9. AkteurInnen der Deutschen Islam Konferenz als MultiplikatorInnen begreifen

Die TeilnehmerInnen der DIK bringen ihre individuellen oder verbands- und institutionsbezogenen Erfahrungen, Sichtweisen und Positionen in die Konferenz ein. BürgerInnen erfahren aber zumeist nur dann von den vertretenen Standpunkten der DIK-AkteurInnen, wenn sich besondere Konfliktlinien in bestimmten Themenfeldern abzeichnen. Wenn sich alle TeilnehmerInnen der DIK auf dem offiziellen Internetauftritt der Konferenz mit einem ausführlichen Schreiben vor-

stellen würden, aus dem auch hervorgeht, warum die jeweilige Person teilnimmt, welche Ziele, Ideen und Wünsche sie hat und welche Kontaktmöglichkeiten es zu ihr gibt, dann würde dies nicht nur mehr Transparenz und Interaktion ermöglichen, sondern auch die Nachvollziehbarkeit der Auswahl der DIK-TeilnehmerInnen erhöhen. In diesem Schreiben könnten die TeilnehmerInnen zugleich auch Themen benennen, die ihnen besonders wichtig sind und aus ihrer Sicht im Rahmen der DIK bearbeitet werden sollen. Dadurch könnte auch für die Öffentlichkeit, die TeilnehmerInnen und die OrganisatorInnen der DIK erkennbar werden, ob die Agenda der Konferenz mit den Wünschen und Vorschlägen der TeilnehmerInnen im Einklang steht. Aus unserer Sicht wäre es auch wünschenswert, dass sich die Konferenzteilnehme-

*... und da war auf einmal ein
,Wir-Gefühl', weil wir uns
gemeinsam für eine Sache
eingesetzt haben.*

rInnen nicht nur als Beteiligte des staatlich-muslimischen Austauschs sehen, sondern zusätzlich als AkteurInnen des gesellschaftlichen Wandels. Wenn sich die TeilnehmerInnen auch in ihrer alltäglichen Praxis als BotschafterInnen der DIK verstehen und als diese auftreten, dann könnte ihnen nicht nur eine Vorbildfunktion zukommen, sondern sie könnten die



Ideen der DIK auf diese Weise auch in die Gesellschaft hineinragen. Diese Funktion sollten sie auch dann übernehmen, wenn es darum geht die Empfehlungen der DIK vor Ort in den Ländern und Kommunen umzusetzen.

10. Begriffe neu denken: Die Einführung eines Begriffskodexes

Verschiedene Begrifflichkeiten wie etwa „muslimische Vertreter – staatliche Vertreter“, „Mehrheitsgesellschaft“ oder „MigrantIn“ (u.a. für deutsche StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund) führen – auch im Rahmen der DIK – dazu, dass sich „wir“- und „ihr“-Gegensätze im alltäglichen Sprachgebrauch etablieren und sich in der gesellschaftlichen und öffentlichen Wahrnehmung verfestigen. Statt bereits bei der Bezeichnung des Gegenübers auf Unterschiede zu verweisen, sollte indes das Gemeinsame betont werden. Eine neue, durch die DIK erarbeitete, für alle TeilnehmerInnen empfehlenswerte Begriffspraxis kann zu mehr Akzeptanz und Verständnis des pluralen, heterogenen Deutschlands führen und sich der Position von „Etablierten und Außenseitern“ entgegenstellen. Sie sollte von der DIK als Motor auch in den öffentlichen Raum bzw.

in die Wahrnehmung der Gesellschaft hinein delegiert bzw. transportiert werden. Wenn allein auf staatlicher Ebene von Seiten der MinisterInnen, der Länder- und KommunenvertreterInnen ein neuer Begriffskodex eingeführt wird, dann kann der Diskursraum zurückerobert werden, der sich in den letzten Jahren vor allem durch stark entfremdende (mediale) Debatten negativ auf das Zusammenleben ausgewirkt hat. Diese Auswirkungen sind in den Alltagsrealitäten der jungen Generation stark zu spüren.

*Der Begriff der Mehrheitsgesellschaft ist
irreführend, wir sind in Deutschland eine
Gesellschaft. Der Zusammenhalt ist wichtig.*

Die Junge Islam Konferenz – Berlin 2011 begrüßt die bisher erreichten Ergebnisse und Empfehlungen der Deutschen Islam Konferenz. Wir empfehlen die Umsetzung der o.g. Maßnahmen und bieten der DIK und deren OrganisatorInnen an, über die Verhandlung und Konkretisierung dieser Punkte im Gespräch zu bleiben!

Gemeinsam Gemeinschaft schaffen

Ideen und Visionen der TeilnehmerInnen der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 für ein gelingendes Miteinander im pluralen Deutschland

Ausgehend von beobachteten Defiziten im Gemeinschaftsbildungsprozess haben die Teilnehmenden der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 nach Möglichkeiten gesucht, Gemeinschaftsbildung zu fördern und einer Entfremdung zwischen Menschen mit und ohne (muslimischen) Migrationshintergrund entgegenzuwirken. Für ein gelingendes Miteinander ist es zunächst zentral, ein multikulturelles Zusammenleben als Normalität zu begreifen und entsprechend ein „Wir-Gefühl“ in Öffentlichkeit, Politik und Medien zu stärken: Gemeinsamkeiten zwischen Personengruppen sollen betont, Heterogenität zugelassen und die Pluralität Deutschlands anerkannt werden. Die Betonung der Hybridität von Identitäten verhindert dabei eine Reduktion von Menschen auf ihre religiöse und/oder kulturelle Identität, denn kulturalisierende Debatten sind für das Verständnis gegenwärtiger Probleme wenig hilfreich. Entfremdungstendenzen, wie etwa antimuslimischem Rassismus, muss aktiv entgegengewirkt werden.

„Ein Mensch ist nie nur ein Muslim; er hat viele, hunderte Identitäten.“

Das Gemeinschaftsgefühl kann bereits auf einer sprachlichen Ebene verstärkt werden, so etwa, indem rassistische Termini verurteilt und auf ausgrenzende Begriffe – wie etwa „MigrantInnen“, „Biodeutsche“ oder die Gegenüberstellung von „wir“ und „ihr“ etc. – verzichtet wird. Für ein besseres gegenseitiges Verständnis ist es allerdings auch unabdingbar, dass Sprachbarrieren beseitigt werden. Neben der Förderung von Deutschkenntnissen für Menschen mit Migrationshintergrund sollten der sogenannten Mehrheitsgesellschaft mehr Möglichkeiten geboten werden, die verschiedenen von Personen mit Migrationshintergrund gesprochenen Sprachen in Deutschland erlernen zu können, z.B. im Rahmen von Sprachunterricht an Schulen.

„Ein Migrationshintergrund bringt uns viel Potenzial. Es ist unsere Pflicht, dieses zu nutzen und uns einzubringen.“

Neben den Schulen sind auch Universitäten und Ausbildungsbetriebe zentrale und wichtige Orte der Vergemeinschaftung. Vielfalt, Heterogenität und Diversität sollten dementsprechend auch in diesen Bildungseinrichtungen inhaltlich bearbeitet, aber auch vorgelebt werden.

„Wir brauchen mehr Lehrer mit Migrationshintergrund.“

Dazu müssen auch verstärkt Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz in Schulen, Universitäten und Betrieben für Lehrende und Lernende durchgeführt werden,

beispielsweise in Form von Workshops und Seminaren, die von den Landeszentralen für politische Bildung oder anderen anerkannten und gut ausgestatteten Weiterbildungszentren unterstützt werden könnten. Während diese Zusatzqualifikation zur interkulturellen Kompetenz für Auszubildende und Auszubildende in Betrieben als alljährlich stattfindende Weiterbildungsveranstaltung angeboten werden könnte, sollte sie in Schulen und Universitäten fest in das Curriculum aufgenommen werden, beispielsweise im Rahmen des schulischen Ethik- oder Religionsunterrichtes oder als Wahlpflichtmodul im Studium. Interkulturelle Kompetenz bedeutet sowohl Abbau von Vorurteilen und Förderung gegenseitigen Verständnisses als auch die Aufdeckung von und kritische Auseinandersetzung mit Stereotypen. Dies fängt bereits in den Unterrichts- und Weiterbildungsmaterialien an – beispielsweise in Lehrbüchern, die einer gründlichen Überarbeitung in dieser Richtung unterzogen werden sollten.

Weitere Voraussetzung für die Schaffung einer durch Dialog auf Augenhöhe zu gestaltenden Gemeinschaft ist, dass der Islam in Deutschland als gleichberechtigte Religion anerkannt wird. Dies kann nicht zuletzt Ausdruck finden in der Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache – bei gleichzeitiger Beibehaltung bzw. Einführung von Ethik als gemeinsames Pflichtfach an allen Schulen.

Unerlässlich für die Stärkung des Gemeinschaftsbildungsprozesses ist auch die Förderung von ehrenamtlichem Engagement. Gerade Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund sollten sich mehr engagieren – sei es in etablierten Vereinen, Parteien, kommunalen Projekten oder anderen Zusammenschlüssen, in denen politische Teilhabe gelebt und aktiv Gesellschaft mitgestaltet wird. Dazu kann sich an bestehenden Positivbeispielen orientiert werden. Durch das gemeinsame Arbeiten an lokalen Projekten wird auch die Schaffung von Normalität und Zugehörigkeit gefördert. Grundbedingung dafür ist aber das Schaffen von Möglichkeiten für Engagement wie auch die Förderung politischer Partizipation und gelebter Demokratie. Aufgabe der Parteien und Vereine ist es somit auch, junge Leute mit Migrationshintergrund aktiv einzubeziehen. Auch wenn ein gemeinsames politisches Engagement angestrebt wird, kann es temporär sinnvoll sein, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund in eigenen Netzwerken zusammenschließen.

„Es ist wichtig, dass es nicht nur separate Netzwerke von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt, sondern eher solche, in denen das keine Rolle mehr spielt. Es geht um das, was beide Gruppen betrifft.“

Die Förderung von ehrenamtlichem Engagement kann jedoch kein Ersatz für staatliche Verantwortungsbereiche sein. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass einer sozialen und ethnischen Segregation beispielsweise in Kindergärten, Schulen und Wohngebieten entgegengewirkt wird und stattdessen Kontakt und Austausch zwischen MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen aktiv gefördert werden. Auch der erleichterte Erhalt der Staatsbürgerschaft und die verbesserte Regelung des Wahlrechts tragen zur Förderung des Gemeinschaftsbildungsprozesses bei. Schließlich sind die bewusste Bekämpfung von Diskriminierungen im Bildungssystem und die Realisierung flächendeckender Chancengleichheit von staatlicher Seite aus notwendig.

„Dazu müssen auch Führungspositionen in Politik und Wirtschaft von Personen mit Migrationshintergrund besetzt werden.“

Als förderlich für den Gemeinschaftsbildungsprozess wurde im Weiteren die stärkere Präsenz und Sichtbarmachung von Menschen mit Migrationshintergrund in Politik, Medien und Schule genannt. Dies hätte zur Folge, dass gerade für die jüngeren Generationen Identifikationsfiguren geschaffen werden. Ob zur Schaffung eines solchen Identifikationsangebotes wie auch zur stärkeren Repräsentanz Quoten ein geeignetes Mittel darstellen können, wurde kontrovers diskutiert. Einige Teilnehmende befürworteten eine Quote für Menschen mit Migrationshintergrund in Politik und Beruf und sahen diese als eine Möglichkeit, Diskriminierung entgegenzuwirken und Vorbildfunktionen zu schaffen. Andere befürchteten, dass die Quoten wiederum als markierend und somit diskriminierend empfunden werden könnten.

„Ziel der Quote ist ja sowieso, dass sie sich selbst abschafft.“

Medial verbreitete Bilder und ihr Einfluss auf den öffentlichen Diskurs wurden als bedeutsame Faktoren im Gemeinschaftsbildungsprozess benannt. Die Medien sollten deswegen auf eine objektivere Berichterstattung in Bezug auf den Islam hinwirken. So wäre es hilfreich, würde die Berichterstattung Unterstützung durch wesentlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund mit entsprechender Fachkompetenz erhalten. Ähnliche Überlegungen gelten für die teils stereotypen Darstellungen in der Werbung. Um der pluralen Alltagsrealität gerecht zu werden, sollten Werbekampagnen gestartet werden, in denen sich die RezipientInnen unterschiedlichen Alters, sozialer Lage und Herkunft wiederfinden können bzw. auch die Botschaft „Vielfalt bedeutet Chancen“ an die RezipientInnen herangetragen wird. Unter dem Slogan „Unsere Helden“, so ein Vorschlag, könnte eine heterogene Gruppe von Menschen in Werbespots – darunter junge wie alte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die ÄrztInnen, SportlerInnen, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, ErzieherInnen, HandwerkerInnen, Hausfrauen und -männer,

SchülerInnen und RentnerInnen sind uvm. – TrägerInnen und ÜberbringerInnen der Botschaft „Wir alle gehören zu Deutschland“ sein.

„Wenn irgendwann ein Kind mit Migrationshintergrund auf der KINDER-Schokolade zu sehen sein wird, hat eine Werbekampagne wie ‚Gemeinsam Gemeinschaft schaffen‘ Erfolg gehabt.“

Ein positiveres, anerkennendes, „normaleres“ Bild kann schließlich auch durch symbolische Maßnahmen im öffentlichen Raum erreicht werden – hierzu gehören Überlegungen der Einrichtung eines bundesweiten islamischen Feiertages oder die Ergänzung der deutschen Nationalhymne um eine Strophe, in der die Heterogenität Deutschlands betont wird, oder eine Übersetzung der Hymne in andere Sprachen – beispielsweise ins Türkische.



Das Planspiel der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011



„Und auf einmal gab es einen direkten Bezug zwischen der DIK und mir.“

Ein Teil der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 wurde mit einem Planspiel realisiert, an dem 40 Jugendliche teilnahmen – darunter 32 TeilnehmerInnen, die die Rolle der realen Konferenzmitglieder übernahmen; drei TeilnehmerInnen, die die Rolle von SitzungsleiterInnen (MitarbeiterInnen des Bundesministerium des Innern) inne hatten und fünf TeilnehmerInnen, die zusammen eine Mediengruppe bildeten.

„Ich habe gespürt, welche Verantwortung und Chancen wir haben.“

Dem Szenario entsprechend gab es in dem Planspiel das Verhandlungsthema „Institutionalisierung staatlich muslimischer Kooperation auf kommunaler Ebene“, das die TeilnehmerInnen in zwei zentralen Arbeitsphasen (Projektgruppe Teil 1/Teil 2) bearbeitet haben. Um möglichst effektiv arbeiten zu können, wurden die TeilnehmerInnen der Jungen Islam Konferenz – Berlin 2011 zunächst verschiedenen Projektgruppen zugeteilt, die parallel tagten und in denen die gleichen Themen diskutiert wurden. Im Anschluss arbeiteten und berieten sie im Plenum gemeinsam. Auf Basis eines zuvor verfassten fiktiven Empfehlungsschreibens vom Bundesministerium des Innern konferierten die TeilnehmerInnen über insgesamt vier Punkte, über die AkteurInnen, den institutionellen Rahmen, die Inhalte und über den Namen von staatlich-muslimischen Kooperationsformen auf kommunaler Ebene. Zwar waren die TeilnehmerInnen der Jungen Islam Konferenz aufgrund ihrer Rollenbeschaffenheit nicht immer einer Meinung, ihre Positionen konnten sie letztendlich dennoch nach dem Mehrheitsprinzip in Einklang bringen und das zuvor hingereicherte Papier des Bundesministeriums des Innern entsprechend modifizieren.

„Die staatliche Rolle erfüllte mich mit einer neuen Leichtigkeit. Ich verspürte weniger Zwang zur Dialog- und Kompromissbereitschaft.“

Dabei einigten sie sich in der Frage nach der Zusammensetzung der AkteurInnen in Anlehnung an die DIK auf eine paritätische Beteiligung von staatlichen und muslimischen VertreterInnen an den kommunalen Kooperationen. Eine



Modifizierung der Zusammensetzung auf Basis örtlicher Gegebenheiten wurde nicht ausgeschlossen. Einer Mehrheit der DiskutantInnen war die Einbeziehung sogenannter „Alltagsmenschen“ wichtig, welche durch ihren direkten (beruflichen) Kontakt zu MuslimInnen hilfreiche Erfahrungen mit an den Verhandlungstisch bringen können. Auch konnten sich die TeilnehmerInnen in ihren Planspielrollen dahingehend verständigen, dass der institutionelle Rahmen der Kooperation an die kommunalen Umstände angepasst werden soll. Um die gefassten Beschlüsse möglichst effektiv umzusetzen, erschien eine Anbindung an staatliche Institutionen besonders empfehlenswert. Aber auch auf die Wichtigkeit der Einbeziehung außerstaatlicher sowie zivilgesellschaftlicher Projekte in den einzurichtenden Gremien wurde hingewiesen. Bei der Themenwahl waren sich die TeilnehmerInnen schnell darüber einig, dass diese durch demokratische Wahlen der Mitglieder des Gremiums erfolgen soll. Nach Belieben kann der Bund hierzu einen unverbindlichen Vorschlagskatalog einreichen. Wichtig erschien allen auch hier eine Anlehnung und Berücksichtigung an vorherrschende kommunale Gegebenheiten und die Bedürfnisse muslimischer BürgerInnen. Nach den regen Diskussionen in den Projektgruppen und den in den Pausen abgehaltenen informellen Gesprächen, kamen die TeilnehmerInnen wieder im Plenum zusammen, um die Namensgebung der einzurichtenden staatlich-muslimischen Kooperationsgremien zu verhandeln. Entgegen der Vorstellung der meisten TeilnehmerInnen ließ sich bei der Namensgebung vorerst keine zufriedenstellende Bezeichnung finden. Problematisch war vor allem, ob der Name des Gremiums das Wort „muslimisch“ oder stattdessen den Begriff „interkulturell“ enthalten sollte. Die TeilnehmerInnen waren sich bewusst, dass mit dem Namen bereits große Wirkungen erzielt und entsprechende Signale gesendet werden können. Nach langem Diskutieren ließ sich eine Mehrheit der TeilnehmerInnen mit dem Namen „interkulturelles Islamforum + jeweiliger Ort“ auf einen Kompromiss ein.

„Als Teil der Mehrheitsgesellschaft konnte ich viel lockerer agieren.“

Die folgende Formulierung eines gemeinsamen Papiers wurde von den im Planspiel simulierten Projektgruppen der DIK 2010 diskutiert und vorgeschlagen:

Zwischenresümee der Projektgruppen zur Institutionalisierung von staatlich-muslimischen Kooperationen auf kommunaler Ebene

AkteurInnen

Für die personelle Zusammensetzung eines staatlich-muslimischen Dialogs auf kommunaler Ebene wird eine Konstellation empfohlen, die sich im Ansatz am Prinzip der Zusammensetzung der DIK orientiert – also eine paritätische Beteiligung von staatlichen und muslimischen VertreterInnen. Diese kann jedoch, orientiert an den örtlichen Bedingungen und Gegebenheiten, falls erforderlich oder gewünscht modifiziert werden. Mit Blick auf die möglichen staatlichen TeilnehmerInnen ist es aus Sicht der Arbeitsgruppenmitglieder vorteilhaft, vor allem diejenigen AkteurInnen einzubeziehen, die die schließlich erarbeiteten und verabschiedeten Empfehlungen auch umsetzen können. Dazu zählen bekanntermaßen all jene Personen, die relevante politische Ämter in der Kommune inne haben wie auch jene, die in den Stadtverwaltungen, Beiräten etc. tätig sind. Auf muslimischer Seite sollten neben VertreterInnen muslimischer Vereine und Organisationen auch nicht-organisierte Einzelpersonen an den Gesprächen beteiligt werden. Bei der Auswahl muslimischer VertreterInnen können einerseits die tatsächlichen Vertretungsverhältnisse der Organisationen entscheidend sein bzw. die Relevanz der Personen und Organisationen für den kommunalen Raum. Auch eine erhöhte Präsenz säkularer MuslimInnen ist erwünscht. Somit kann, auch in der muslimischen Gesellschaft, für eine hohe Akzeptanz des Gremiums gesorgt werden. Bei der generellen paritätischen Besetzung sollte auch auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmenden geachtet werden. Unabhängig von der Konfession ist eine Einbeziehung von Menschen, die einen alltagsnahen Bezug zu den kommunalen Themenstellungen haben, etwa über ihre Tätigkeit als SozialarbeiterInnen, wünschenswert. Auch eine Kooperation mit Schulen sollte explizit in Betracht gezogen werden. Die AkteurInnen treten in einen Dialog auf Augenhöhe, bei Erfolg des Gremiums besteht dabei die Aussicht auf Einbindung anderer Religionsgruppen.

Institutioneller Rahmen

Hinsichtlich des zu wählenden Rahmens für einen staatlich-muslimischen Dialog auf Kommunalebene erscheint es weiterhin sinnvoll, die institutionelle Struktur von den Gegebenheiten vor Ort abhängig zu machen. In diesem Zusammenhang könnte eine Anbindung des Gremiums an bereits bestehende Einrichtungen staatlicher Stellen wie auch nicht-staatliche Einrichtungen – bspw. zivilgesellschaftliche Projekte – innerhalb der Kommunen vorteilhaft sein. Eine solche Angliederung könnte die Relevanz der gefassten Beschlüsse positiv beeinflussen und das Gremium mit Koordinierungs-, Initiativ- und Mitwirkungsfunktionen ausstatten. Empfehlenswert ist, dass zunächst Kommunen mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil und/

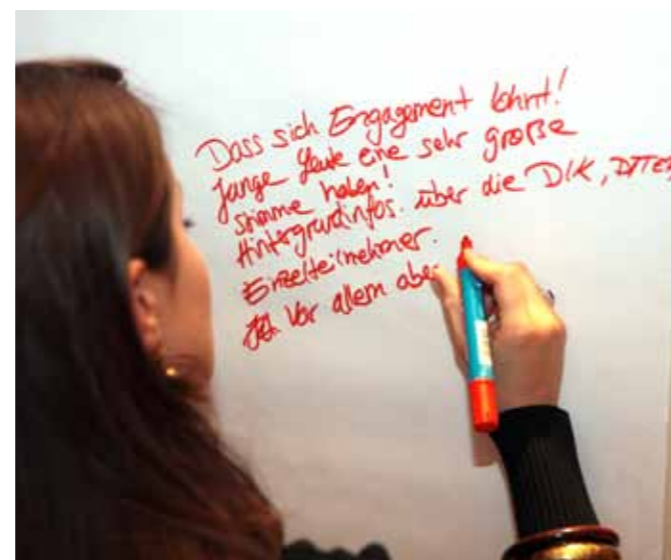
oder mit besonderen Problemlagen ein beschlussfähiges staatlich-muslimisches Gremium einrichten. Mithilfe der erworbenen Erfahrungen können später möglicherweise Kommunen mit geringerem muslimischen Bevölkerungsanteil bei Bedarf ebenfalls ein solches Gremium etablieren. Die getroffenen Beschlüsse sollen zumindest Vorbildfunktion haben. Erfolgreich wäre die Kooperation, wenn von staatlicher Seite ein ernsthafter Versuch der Umsetzung der getroffenen Entscheidungen angestrebt werden würde, bei einem gleichzeitigen Versuch der höchstmöglichen demokratischen Beteiligung auf kommunaler Ebene. Die Teilnehmenden sollen sich ihrerseits zu einer hohen Verbindlichkeit bei der Teilnahme verpflichten.

Inhalte

Kaum gewinnbringend wäre eine Vorgabe von Themenfeldern und Inhalten seitens des Bundes oder der Länder. Vielmehr sollten sich die zu diskutierenden Themen nach den kommunalen Gegebenheiten richten und den Bedürfnissen der muslimischen Seite gerecht werden. Es kann allerdings von Seiten des Bundes ein Themenvorschlagskatalog eingereicht werden. Folgende Themen sollten priorisiert werden: Identität und Zuschreibung, Chancengleichheit und Partizipation, Diskriminierung, Gewalt, Förderung von Jugendlichen, innere Sicherheit, interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten, Rechte und Pflichten, bekenntnisorientierter Religionsunterricht/Religionskunde, Kommunalwahlen, Antisemitismus, Imamausbildung/islamische Theologie an Universitäten, islamisches Bestattungswesen, Feiertage, Moscheebau. Gewünscht ist allgemein eine alltagspraktische Ausrichtung.

Namensgebung

Interkulturelles Islamforum + [Name des jeweiligen Ortes]



Die Unterzeichner

Amina Abu-Gharbieh

Hilal Aybike Arikoğlu

Cemal Aydın

Till Becker

Serdar Bulat

Pascal Dengler

Mazlum Doğan

Emine Erol

Liridona Halili

Nuriani Hamdan

Till Hartmann

Denise Henschel

Maraike Henschel

Lina Henzel

Duygu Hepaydinli

Sophie Teres Herbig

Katharina Hüdepohl

Ksenia Ilinskaya

Mohamed Kanaan

Shahda Kaikati

Marett Katalin Klahn

Arman-Enes Kuru

Tuğrul Kurt

Jonathan Mühlbauer

Ecem Oskay

Orğun Özcan

Tommy Rudov

Nebi Sabanuc

Hüda Sağ

Christin Sandow

Christoph Schlesinger

Anna Schmid

Pauline Schur

Aylin Selçuk

Ibrahim Spahić

Vincent Streichhahn

Stephan Strunz

Ferhat Topçu

Kahina Toutaoui

Emre Yıldız

Mit Unterstützung von:

Seyran Bostançi

Dilek İkiz

Rafiqa Younes

Stiftung Mercator GmbH

Huyssenallee 46

45128 Essen

Tel.: +49 (0)201-24522-0

Fax: +49 (0)201-24522-44

info@stiftung-mercator.de

www.stiftung-mercator.de